

Niederschrift
über die Sitzung des Integrationsrates
am 26.05.2021

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 19:40 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Frau Murisa Adilovic
Frau Dr. Asma Ait Allali
Herr Robert Alich
Frau Zehra Arslan
Herr Jan Banze
Frau Jana Bohne
Herr John Simon Chowdry
Herr Vincenzo Copertino
Frau Hanane El Alaoui
Herr Joachim Hood
Herr Cihad Kefeli
Herr André Patrick Njoh Ngemhe
Herr Elias Nottas
Herr Jan Maik Schlifter
Herr Dilshad Simo Yoki
Frau Brigitte Stelze
Frau Miriam Welz
Herr Cemil Yildirim
Herr Rody Youssef
Herr Jürgen Zilke

Stellvertretende Mitglieder

Herr Marcel Kaldek

Schriftführung

Herr Emir Ali Sag

Entschuldigt:

Herr Murat Aykanat
Frau Sabriye Ekinci
Herr Kemal Madougou-Zongo

Von der Verwaltung:

Frau Grewe, Kommunales Integrationszentrum
Herr Fliege, Leiter des Bürgeramtes

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Frau Vorsitzende Adilovic stellt nach der Begrüßung die form- und fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Dem Vorschlag der Änderung bzw. Erweiterung der Tagesordnung wird zugestimmt.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Wortmeldungen

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 28.04.2021

Die Niederschrift über die Sitzung am 28.04.2021 wird genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Der Umweltbetrieb hat einen Entwurf für die Maßnahme „10+1 Bäume“ erstellt und stimmt diesen derzeit verwaltungsintern mit den Beteiligten Ämtern ab. Die Vorlage der Planung ist für den nächsten Termin am 23. Juni vorgesehen. Dort wird ebenfalls ein Textverslag für die Gedenktafel eingereicht.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Zu Punkt 5 Anträge

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer:

Zu Punkt 5.1 „Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter in Bielefeld – Erinnerungen pflegen, Leistungen anerkennen“

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer: 1220/2020-2025

Aufgrund der Erörterung in der letzten Sitzung wird über den gemeinsamen Antrag abgestimmt.

Beschluss:

Der Integrationsrat empfiehlt dem Kulturausschuss und dem Rat der Stadt zu beschließen:

- 1. Der Rat der Stadt Bielefeld bittet das Historische Museum in Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Integrationszentrum und dem Stadtarchiv, eine Ausstellung zu konzipieren und im nächsten Jahr durchzuführen, die sich mit der Ankunft, den Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der ersten Generation der damals sog. „Gastarbeiter*innen“ in Bielefeld auseinandersetzt.**
- 2. Der Rat bittet die Verwaltung aus Anlass des 60. Jahrestages des Anwerbeabkommens mit der Türkei am 30.10.2021, das von zentraler Bedeutung für die Arbeitsmigration in der Bundesrepublik war, eine Veranstaltungsreihe zu konzipieren und bis zum Herbst 2022 durchzuführen. Die Veranstaltungsreihe sollte aus mehreren Bausteinen bestehen und auch als Begleitprogramm zur Ausstellung wichtige Aspekte der Geschichte und der Realität der mit den Anwerbeabkommen nach Bielefeld gekommenen damals sog. „Gastarbeiter*innen“ aufgreifen. Ein Bestandteil sollte ein Redezirkel von Zeitzeugen der ersten Generation der sog. „Gastarbeiter*innen“ oder ein anderes geeignetes Format sein, bei dem den Zeitzeugen die Möglichkeit und Bühne gegeben wird, von ihren persönlichen Erinnerungen und individuellen Geschichten zu erzählen. Für einen weiteren Baustein wird die Stadtbibliothek gebeten, einen Literaturwettbewerb für Schülerinnen und Schüler zu dem Thema „Nachwuchs von Gastarbeitern sein“ oder zu einem anderen, zum Jahrestag passenden Thema durchzuführen. Neben einer durch den Integrationsrat zu benennenden Arbeitsgruppe sollen verschiedene Akteure**

der Stadtverwaltung (Kommunales Integrationszentrum, Stadtarchiv, Historisches Museum, Stadtbibliothek, Stadttheater u.a.) und der Stadtgesellschaft (Migrant* innenorganisationen, Gewerkschaften, Unternehmen, Begegnungszentren, Wohlfahrtsverbände u.a.) an der Entwicklung der Programmpunkte und der Materialsammlung aktiv mit einbezogen werden. Der Integrationsrat regt an, aus dieser Sammlung zusätzlich zur Ausstellung unter Punkt 1. eine Fotoausstellung im Rathaus durchzuführen.

3. Die Verwaltung wird gebeten, die erarbeiteten Materialien nachhaltig zu sichern und bestmöglich zugänglich zu machen. Auch weitere Dokumente, Quellen, Zeitzeugenaussagen usw. zu diesem Themenkomplex sollten systematisch gesammelt und z.B. im Stadtarchiv archiviert werden. Die Verwaltung wird gebeten, sich zu dieser Sammlung regelmäßig mit dem Integrationsrat auszutauschen, auch um Anregungen aufzunehmen und z.B. die Kontaktaufnahme zu Zeitzeugen zu koordinieren.
4. Die Verwaltung wird gebeten, einen Konzeptvorschlag in Zusammenarbeit mit der zu benennenden Arbeitsgruppe des Integrationsrates zu entwickeln und zu den Septembersitzungen des Integrationsrates sowie des Kulturausschusses vorzulegen. Neben der Konzeptentwicklung wird die Verwaltung gebeten, einen Kostenrahmen sowie einen Kostendeckungsvorschlag zu entwickeln und zur Beschlussfassung vorzulegen. Zuschüsse Dritter sollen, falls möglich, zur Kostendeckung mit herangezogen werden.

-einstimmig beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 5.2

Resolution des Integrationsrates "Kein Raum für Antisemitismus"

Kein Raum für Antisemitismus in unserer Stadt

Entsetzt und fassungslos verfolgten wir die Bilder des Krieges und des Leides in Israel und Palästina und sind sichtlich erleichtert, dass eine bedingungslose Waffenruhe ausgehandelt werden konnte, wodurch das Sterben vieler Israelis und Palästinenser gestoppt werden konnte.

Uns ist bewusst, dass eine Waffenruhe in einem stark verfestigten Konflikt nur eine Verschnaufpause ist und die internationale Weltgemeinschaft, allen voran Deutschland, in dieser Zeit entscheidende Schritte unternehmen und ernsthafte Verhandlungen anstreben muss, die darauf abzielen, den beiden Völkern ein normales Leben zu ermöglichen, das von Sicherheit und Frieden geprägt ist. Ein Leben in dem alle- insbesondere israelische und palästinensische Kinder- ein friedliches Leben führen können, ein Leben, das nicht durch Angst vor Bomben- und Raketenangriffen geprägt ist.

In der internationalen Politik darf es nicht eine Trennlinie zwischen Pro-Palästina und Pro-Israel geben, es muss ausschließlich eine Pro-Friedens Politik verfolgt werden. Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen muss uns in dem Bestreben eine friedliche Lösung herbeizuführen immer vor Augen sein- die Würde des Israelis und die Würde der Palästinenser gleichermaßen.

Jerusalem, ein heiliger Ort aller monotheistischen Religionen muss ein Ort sein, an dem man sich für dauerhaften Frieden und interreligiösen Dialog einsetzt.

Als Integrationsrat der Stadt Bielefeld stehen wir in besonderem Maße in Verantwortung für den Erhalt des friedlichen Zusammenlebens in unserer vielfältigen Stadtgesellschaft und deshalb werden wir nicht tatenlos zusehen wie unterschiedliche undemokratische Kräfte den Konflikt im Nahen Osten, als Vorwand für das Schüren von Antisemitismus benutzen und sich dadurch gezielt gegen unsere demokratischen Werte wenden.

Wir sagen mit aller Deutlichkeit nein zu jeder Art von Antisemitismus und solidarisieren uns mit den in Bielefeld lebenden jüdischen Menschen!

Wir sind über die zunehmenden Anfeindungen den Jüdinnen und Juden gegenüber sehr besorgt und verurteilen jede Gewalttat auf schärfste.

Wir sind froh, dass es in Bielefeld nicht wie andernorts zu judenfeindlichen Auseinandersetzungen in den vergangenen Tagen gekommen ist und werden alles dafür tun, damit es so auch bleibt!

2021 feiert das jüdische Leben in Deutschland ein 1700-jähriges Jubiläum. Dieses Jubiläum sollten wir nutzen, um Erinnerungskultur zu stärken und die Vielfalt der jüdischen Gemeinde in Bielefeld präsenter zu machen.

Hass, Hetze und Gewalt werden wir in unserer weltoffenen Stadt nicht dulden!

Deshalb fordern wir die konsequente Bekämpfung von jeder Art des Extremismus, Rassismus und Antisemitismus und erwarten einen deutlich verbesserten Schutz der jüdischen Einrichtungen in Bielefeld.

Sehr kritisch und abweisend stehen wir den Begrifflichkeiten wie z.B. „antimuslimischer“, oder „importierter Antisemitismus“ gegenüber, da man dadurch einen seit sehr langer Zeit in dieser Gesellschaft vorhandenen Antisemitismus verharmlost und einer bestimmten Religions- oder Bevölkerungsgruppierung zuzuschreiben versucht, wodurch eine größere Spaltung in der Gesellschaft vorprogrammiert ist.

Eine kritische Auseinandersetzung mit religiösen Strukturen, mit Organisationen, die insbesondere jungen Menschen ein geschlossenes Weltbild vermitteln, muss konsequent geführt werden.

Uns ist bewusst, dass eine verbale Verurteilung des Antisemitismus, Dialoge und Werben um mehr Toleranz nicht ausreichend sind und deshalb fordern wir u.a. mehr Bildungsangebote, um den Abbau der antisemitischen Haltungen zu fördern.

Neben den schulischen, sollen auch Einrichtungen der außerschulischen Bildung dabei unterstützt werden.

In unterschiedlichen Begegnungsräumen soll für mehr Aufklärung und mehr

Sichtbarkeit des jüdischen Lebens in Bielefeld gesorgt werden.

Ein offener Dialog der jüdischen, christlichen und islamischen Religionen soll kontinuierlich fortgesetzt und mit auskömmlichen Mitteln gefördert werden.

Es sollen, mit der Unterstützung des KI gemeinsame kulturelle Veranstaltungen, die das Leben dreier Religionen in ihren Gemeinsamkeiten und ihrer Vielfalt darstellen, einmal jährlich organisiert werden.

Der, im Jahr 2017 vom Integrationsrat Bielefeld initiierte Beitritt Bielefelds der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus und der darin enthaltene 10 Punkte Plan, sieht u.a. Nachhaltigkeit im Handeln gegen jedwede Art der Menschenfeindlichkeit vor.

Und deshalb- und aufgrund des immer mehr an Dynamik gewinnenden Antisemitismus, fordern wir als Integrationsrat der Stadt Bielefeld die schnellstmögliche Implementierung und Umsetzung der notwendigen Maßnahmen, vor allem der von uns genannten Maßnahmen gegen Antisemitismus.

Damit wir alle, auch in Zukunft in Bielefelder Vielfalt friedlich zusammenleben können!

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Bericht des Leiters des Bürgeramtes

Frau Vorsitzende Adilovic dankt Herrn Fliege für die Teilnahme an der Sitzung. Es lag ein Antrag des Mitglieds Herrn Kefeli vor, in dem er auf die Problematik um die Terminvereinbarungen bei der Ausländerbehörde hingewiesen habe. Zuvor gab es einen Bericht über die Problematik in der Presse.

Herr Fliege berichtet über das Konzept zur Umsetzung von Online-Terminvereinbarungen. Vor allem vor dem Hintergrund der Pandemie seien die Terminverzögerungen unvermeidbar. Allerdings bemühten sich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörde, für die Betroffenen eine optimale Lösung zu finden. Dabei würden in dringenden Fällen auch Sondertermine vereinbart, so dass keine Nachteile für die Betroffenen entstehen. Das Konzept für die Online-Terminvergabe sei leider nicht so umgesetzt worden, wie sie es geplant war. Die Umsetzung wurde durch die Pandemie erschwert. Er bittet vor diesem Hintergrund darum, keine negative Beurteilung dieses Konzeptes vorzunehmen. Ein reibungsloser Ablauf der Terminvereinbarung werde noch einige Zeit dauern, allerdings sei er optimistisch, dass es wie bei der Bürgerberatung effektiv laufen werde. Vor allem unterstreicht er, dass eine negative Berichterstattung für die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht förderlich sei.

Ferner werde auch die Optimierung der Arbeit der Einbürgerungsstelle als Ziel definiert. Eine digitale Bearbeitung der Anträge werde in NRW

erprobt. Bielefeld sei eine der acht Städte, die sich an dieser Pilotphase beteiligen. Dafür werden die Einbürgerungsstellen neu digital ausgestattet. Er würde gerne zu gegebener Zeit über die Umsetzung berichten.

Herr Kefeli berichtet von zunehmenden Beschwerden seitens der Bürgerinnen und Bürger ausländischer Herkunft über die Terminvereinbarungen der Ausländerbehörde. Es sei kaum möglich, digital einen Termin zu bekommen. Die Mitglieder würden seit Monaten oft angesprochen und gefragt, ob es überhaupt eine Lösung in dieser Frage gebe. Nicht nur Mitglieder des Integrationsrates auch Vereinsvorstände bekämen mehr Beschwerden von ihren Mitgliedern. Er vermisse bis jetzt eine transparente konkrete Maßnahme, die sich die Lage verbessern werde. Darüber hinaus fragt er, wie viele Anträge in den letzten zwei Jahren gestellt wurden. Wie viele Personen wurden eingebürgert? Welche Staatsangehörigkeiten hatten die Eingebürgerten? Wie ist die Bearbeitungszeit von Anträgen auf Einbürgerung? Er bittet Herrn Fliege, einen Bericht über den Stand der Einbürgerung insgesamt in Bielefeld in einer der nächsten Sitzungen zu erstatten.

Frau Arslan und Herr Yildirim berichten über die Beschwerden von vielen Bürgerinnen und Bürgern. Sie mussten persönlich unterstützen, damit die Betroffenen einen Termin erhalten. Beide plädieren für eine rasche, konkrete Lösung dieses Problems.

Herr Fliege bittet erneut um Geduld, vor allem sei er nicht glücklich über öffentliche Auseinandersetzungen. Er sei auch in Zukunft bereit, Gespräche mit den Vertreterinnen und Vertretern zu führen. Er hoffe, dass die Lage sich nach der Pandemie insgesamt entspannen werde.

Frau Vorsitzende Adilovic unterstreicht die Rolle des Integrationsrates bzw. der Mitglieder, als Sprachrohr für Menschen mit einer internationalen Familiengeschichte zu agieren. Es sei ihre Aufgabe, auf die Probleme hinzuweisen und an der Lösung zu arbeiten. Ein regelmäßiger Austausch zwischen den Vertretern des IR und den Mitarbeitern der Ausländerbehörde wäre aus Sicht der Vorsitzenden wünschenswert, da bestimmte Problematiken im Vorfeld kommuniziert werden könnten und dadurch öffentliche Auseinandersetzungen vermieden werden können.

hier: Trägerschaft und Finanzierung der Stadtteilküche Sieker und des Stadtteilzentrums Oberlohmannshof

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1052/2020-2025

Punkt 2 der Beschlussvorlage wird wie folgt ergänzt „**Bei der Besetzung werden Personen mit interkulturellen Kompetenz gezielt angesprochen**“

Beschluss:

Der Integrationsrat empfiehlt, der Jugendhilfeausschuss und der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließen:

1. Das „Rahmenkonzept Stadtteilzentren“ und die Überlegungen der Verwaltung zu den Stadtteilzentren „Stadtteilküche Sieker“ und „Oberlohmannshof“ werden zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird gebeten, die Entwicklungsarbeit auf dieser Basis fortzusetzen.
2. Für die Leitung der Stadtteilküche Sieker wird beim SKF eine Stelle im Umfang von 0,75 VZÄ eingerichtet und über einen Leistungs- und Finanzierungsvertrag finanziert.
Bei der Besetzung werden Personen mit interkulturellen Kompetenz gezielt angesprochen.
3. Die Finanzierung der Stelle erfolgt **vom 01.11.2021 bis zum 31.12.2022** aus nicht benötigten Mitteln aus dem Integrationsbudget für Stadtteilarbeit.
Für diesen Zeitraum werden 82.000 € für Personal- und Sachkosten zur Verfügung gestellt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

ganisation und Koordination von privater nachbarschaftlicher Hilfe durch Datenbank, Social Media und Telefon-Hotline

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1390/2020-2025

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

-.-.-

Zu Punkt 9

Bildungsteilhabe geflüchteter Schüler/-innen in Nordrhein-Westfalen

Dr. Thomas Kemper, Universität Osnabrück referiert an Hand von einer Power Point Präsentation zur Bildungsteilhabe geflüchteter Schüler/innen in NRW mit sekundäranalytischem Fokus auf Bielefeld.
(s. *Anlage*)

Zu Punkt 10

Berichte aus den Ausschüssen

Herr Kefeli und Herr Nottas berichten aus dem Bürgerausschuss und Kulturausschuss.

Murisa Adilovic

Emir Ali Sađ